



VON LUTZ MINKNER

Ich habe 1968 in Berlin in einem aufgeladenen politischen Klima mein Abitur gemacht. Die außerparlamentarische Opposition führte seinerzeit heftige Debatten, ob zur Durchsetzung ihrer Ziele auch Gewalt ein zulässiges Mittel sei. In der linken Szene wurde Gewalt sehr unterschiedlich diskutiert: Die einen hielten verbale Gewalt, Nötigung und Sachbeschädigung für eine zulässige Form der Meinungsäußerung, andere sahen auch Körperverletzung, Brandstiftung und Raub als zulässig an. Der Diskussion folgten bald Taten: von zerschlagenen Fensterscheiben über geplünderte Geschäfte, Brandstiftung und schließlich Körperverletzung, Entführung und Mord durch die RAF. Gewiss, es waren immer Minderheiten, die das Recht brachen. Sie fanden aber auch immer wieder Mitbürger, die klammheimlich Beifall klatschten oder die Täter unterstützten.

Die Erlebnisse der 68er ff. Jahre sind noch tief in meiner Erinnerung, und deshalb lehne ich Gewalt – gleichviel ob gegen Sachen oder Personen – grundsätzlich ab.

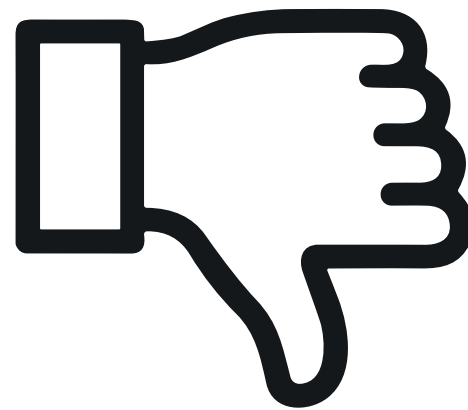
ANGRIFFE AUF MAKLER- UND TOURISMUSUNTERNEHMEN

Weshalb ich das in meiner heutigen Kolumne schreibe?

Anfang Juni wurden in Santa Maria del Camí fünf Maklerbüros beschädigt: Die Außenwände wurden mit Parolen beschmiert (auch bei einem Büro, das sich in einem denkmalgeschützten Gebäude befindet), Scheiben eingeschlagen, Schlösser aufgebrochen oder verklebt. Weiter gab es Sachbeschädigungen an Gebäuden, in denen Wohnungen touristisch vermietet werden. So wurden Fassaden beschmiert und Schlösser verklebt. Einige Wochen später gab es ähnliche Angriffe auf ein Maklerbüro im Stadtzentrum von Palma. Handlungsanweisungen erhielten die Täter wahrscheinlich durch eine Anleitung der Protestplattform „Menys Turisme, Més Vida“ („Weniger Tourismus, mehr Leben“), die zu direkten Aktionen gegen internationale Maklerunternehmen und Unternehmen mit touristischen Interessen aufrief und anregte, Fassaden zu besprühen, Schlösser von Geschäften und touristischen Ferienunterkünften zu verkleben und sich bei Ausführung der Taten zu maskieren und zu verkleiden.

Parteien, Wirtschaftsverbände, die Tourismus- und Immobilienwirtschaft verurteilten die Sachbeschädigungen. Einige Vertreter der Protestplattform distanzieren sich ebenfalls. Es gab aber auch die klammheimlichen Beifallklatscher wie den Bürgermeister von Santa Maria del Camí, Nicolau Canyelles, der fast entschuldigend erklärte: „Wir sollten nicht aus den Augen verlieren, worüber wir reden. Es handelt sich um ein paar Schmierereien

mit Farbe“. Die könne man doch einfach mit einer gründlichen Reinigung entfernen. Ja, ist denn dieser Bürgermeister von allen guten Geistern verlassen? Sieht er nicht, dass die betroffenen Betriebe auch von ihm geschützt werden müssen, sind sie doch seit Jahren in Santa Maria ansässig, zahlen Steuern und schaffen Arbeitsplätze? Die Angriffe haben nicht nur die Kosten der Schadenbeseitigung zur Folge, sondern verursachen auch Kosten für erhöhte Sicherungsmaßnahmen. Sie schaffen (beabsichtigt) Unsicherheit bei Unternehmen und Mitarbeitern und stören das gute Nachbarschaftsverhältnis.



Nein, die Anschläge auf Maklerbüros und touristische Betriebe sind keine Petitesse. Es handelt sich um Straftaten, die geahndet werden müssen. Die Guardia Civil nahm auch sogleich die Ermittlungen auf. Mit Hilfe eines Videos einer Überwachungskamera, auf dem sechs mutmaßliche, verummte Täter zu sehen waren, wurden schließlich zwei Frauen verhaftet und in Handschellen abgeführt. Und wieder erboste sich Bürgermeister Nicolau Canyelles: Wie und warum könne man

bei so geringfügigen Delikten den vermeintlichen Tätern Handschellen anlegen?

Und nun kommt ein Kuriosum: Nach Ansicht des Rechtsanwalts der vermeintlichen Täterinnen könnten die Videoaufnahmen im Strafverfahren möglicherweise nicht verwertet werden, da die Anbringung am Ladengeschäft unzulässig sei. Die Kamera erfasse einen größeren öffentlichen Raum als gesetzlich zulässig sei. Die Gemeinde Santa Maria (hatte wieder der Bürgermeister Canyelles seine Hände im Spiel?) ermittelt zwischenzeitlich gegen den geschädigten Makler und forderte alle Genehmigungen bezüglich der Kamera-Installation an.

Schlussendlich, um keine Unklarheiten aufkommen zu lassen. Die aktuelle Wohnungsnot ist das wichtigste politische Problem der Insel, das von der Regierung und uns allen gelöst werden muss. Die Aktivisten verkennen aber, dass nicht internationale Immobilienmakler an diesem Problem die Schuld tragen, sondern überwiegend die abgewählte Linksinregierung der Balearen, die in den acht Jahren ihrer Regierungszeit den sozialen Wohnungsbau sträflich vernachlässigt hat. Man darf selbstverständlich gegen Wohnungsnot und Massentourismus auf die Straße gehen und demonstrieren. Aber: Mit Sachbeschädigungen beginnt die Überschreitung des Demonstrationsrechtes. Eine wehrhafte Demokratie muss diesen Anfängen Paroli bieten.

**Lutz Minkner ist Managing Partner
des Immobilienunternehmens
Minkner & Bonitz.**

**Er blickt auf eine 45 jährige
berufliche Tätigkeit als Rechtsanwalt,
Dozent, Fachbuchautor
und Unternehmer zurück.
www.minkner.com**



**Top Konditionen: Jetzt zur Umfinanzierung
5-Jahres-Zinssatz bereits ab 2,35%**

Zu hohe Hypothekenzinsen? Unzufrieden mit Ihrer Bank?

Dann könnte eine Umfinanzierung auf Mallorca die perfekte Lösung für Sie sein!
Bei Hypotheken ab 500.000 Euro erhalten Sie bei uns marktführende Konditionen und umfassende Unterstützung beim Wechsel zu Ihrer neuen Bank. Dank gesetzlicher Regulierung gestaltet sich dieser Wechsel größtenteils ohne zusätzliche Kosten für Vorfälligkeit etc.



Wechseln lohnt sich!

Daniel Pires von SmartServicios® ist seit 2006 deutscher Finanzierungsexperte für Deutsche auf Mallorca. Am Besten zu erreichen per finance@smart-servicios.com oder via WhatsApp +34 629 94 08 28

SMART SERVICIOS® | Palma de Mallorca | www.smart-servicios.com



SMARTSERVICIOS®
be smart - choose us